



Ärger mit der Sozialkasse Bau

Bericht: Ingo Dell, Gerd Gerlach, Klaus Wollscheid

Eine Baustelle in Berlin. Mitarbeiter der Firma Halter führen an einer Brücke am Spandauer Damm Abbrucharbeiten durch. Eigentlich läuft das Geschäft für das Traditionsunternehmen gut. Doch die Sozialkasse Bau, eine Einrichtung die für die Sicherung von Sozialleistungen für Arbeitnehmer in der Baubranche zuständig ist, bereitet Christoph Halter Kopfzerbrechen. Es geht um viel Geld und die Existenz seiner Firma.

O-Ton: Christoph Halter, Unternehmer

„Zurzeit sind wir bei einer Summe von etwas über 700.000 Euro, die die SOKA-Bau von uns haben möchte. Und das würde für uns das Aus bedeuten - im Zusammenhang auch mit 50 Mitarbeitern, die dann auf der Straße sitzen würden.“

Dass die Firma in Gefahr ist, darüber hat der Chef sein Personal schon informiert. Das reagiert mit Unverständnis und Empörung.

O-Ton: Arbeiter

„Das ist eine Riesensauerei, dass ausgerechnet durch eine Sozialkasse solche Probleme entstehen, die ja auch Nachwirkungen auf die Arbeitsplätze haben können. In diesen Zeiten sowieso. Das ist schon eine sehr harte Sache.“

Eigentlich ist die SOKA-Bau eine gute Sache. Sie wurde nach dem Krieg gegründet, um die soziale Lage der Beschäftigten im Bausektor zu verbessern. Der Berliner Rechtsanwalt Wolf J. Reuter beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit dieser Institution, hat speziell darüber schon mehrfach publiziert.

**O-Ton: Wolf J. Reuter, Fachanwalt für Arbeitsrecht**

„Gegründet worden ist das, was heute Sozialkasse Bau heißt deswegen, um Arbeitnehmern, Bauarbeitern ihre Urlaubsansprüche zu sichern, in finanzieller Hinsicht. Bis heute ist das so, dass etwa 20 Prozent des Betrages, der in einem Betrieb an Bruttolöhnen gezahlt wird, deswegen an diese Sozialkassen bezahlt wird. Und wenn die Arbeitnehmer in Urlaub gehen, bekommen sie das wieder ausgezahlt. Das große Problem, das sich vor allem heute stellt, ist, dass viele Betriebe zunehmend nicht wissen, ob sie eigentlich beitragspflichtig sind oder nicht.“

So ging es auch Christoph Halter. Bis zum Jahr 2000 zahlte er sogar Beiträge an die SOKA, obwohl er das gar nicht musste. Als der Unternehmer erfuhr, dass Abbruchunternehmen nicht beitragspflichtig sind, stellte er die Zahlung ein - mit Zustimmung der Sozialkasse. Doch Jahre später war alles auf einmal wieder ganz anders. Was der 55-Jährige nicht wusste: Nach seinem Austritt wurde Anfang 2006 eine Neuregelung eingeführt, die die allgemeine Beitragspflicht auf Abbruchfirmen ausweitet. Die für ihn immens wichtige Änderung wurde im Bundesanzeiger veröffentlicht.

O-Ton: Christoph Halter, Unternehmer

„Ich kenne keinen Kollegen, der den Bundesanzeiger liest. Und ich wüsste auch gar nicht, warum ich den lesen sollte. Man will jetzt von uns für drei Jahre rückwirkend Beiträge haben und das ist, finde ich, eine Riesensauerei, dass man nicht zeitnah informiert wird und sich darauf einstellen kann. Inzwischen sollen wir über 700.000 Euro mit Zinsen und Zinseszinsen an Beiträgen bezahlen.“

Würde der Unternehmer zahlen, bekäme er zwar für einige von ihm an seine Arbeiter gezahlte Leistungen Geld von der SOKA zurück. Am Ende bliebe nach seiner Rechnung aber noch eine Forderung von über einer halben Million Euro. Bei der Sozialkasse Bau in Wiesbaden weist man den Vorwurf zurück, sie hätte Unternehmer wie Christoph Halter früher informieren müssen.



O-Ton: Thomas Arnold, Sozialkasse Bau

„Die Abbruchunternehmen, jedenfalls ein großer Teil der Abbruchunternehmen wie auch die Firma Halter, waren zu dem Zeitpunkt gar nicht bei SOKA-Bau gemeldet. Für uns deswegen auch die Schwierigkeit, die Abbruchunternehmen dann zeitnah erreichen zu können. Das ist auch die Erklärung dafür, weshalb wir letztlich bei der Firma Halter erst im Jahr 2008 auf die Firma Halter zugekommen sind und dann die Teilnahme wiederum geklärt haben für diesen Zeitraum.“

Dass die SOKA die Firma nicht gekannt haben will, verwundert. War sie doch dort bis zum Jahr 2000 als fleißige Beitragszahlerin bekannt. Zudem ist ihre Beitragsnummer bei der Sozialkasse nach wie vor dieselbe.

Ortswechsel. Thomas Salz betreibt seit 1994 die Salz-Montage im rheinland-pfälzischen Biebern. Er beschäftigt 14 Mitarbeiter. Auch er machte unliebsame Bekanntschaft mit der SOKA-Bau. Warum er Beiträge zahlen soll, ist ihm völlig unverständlich.

O-Ton: Thomas Salz, Unternehmer

„Wir montieren Gartenhäuser. Diese stehen für einen gewissen Zeitraum beim Baumarkt als Muster, das heißt ca. ein halbes Jahr. Danach werden die Häuser von Kunden wieder abgebaut. Und warum diese Leistung ein Bauwerk sein soll, ist mir schleierhaft.“

Dass er nicht zum Baugewerbe gehört, das hatte ihm ursprünglich auch die SOKA nach einer Prüfung des Arbeitsamtes 1998 telefonisch mitgeteilt. Zehn Jahre später wurde sein Betrieb erneut durch die Arbeitsagentur geprüft. Auch diesmal stellen die Prüfer fest, dass sein Betrieb „baufremde Arbeiten verrichtet“. Die Sozialkasse Bau sieht das allerdings anders und fordert rückwirkend für über vier Jahre rund 274.000 Euro von Thomas Salz.

O-Ton: Thomas Salz, Unternehmer

„Wenn ich die von der SOKA eingeklagte Summe von momentan 274.000 Euro zahlen müsste, bedeutet das erhebliche Schwierigkeiten für den Betrieb, vermutlich die Insolvenz. Was dann zur Folge hätte, dass 14 Mitarbeiter in die Arbeitslosigkeit entlassen werden



müssen und ich als Unternehmer an die Privatinsolvenz gehen muss und die nächsten Jahre ohne jegliche Perspektive leben muss.“

Experten wissen, dass die Fälle Halter und Salz keine Einzelfälle sind, fordern deshalb die Sozialkasse Bau zum Handeln auf.

O-Ton: Wolf J. Reuter, Fachanwalt für Arbeitsrecht

„Die Forderung an die SOKA-Bau müsste auf jeden Fall sein, dass besser kommuniziert und besser informiert wird und zwar in einer Weise, die es einem Unternehmen ermöglicht, sofort zu wissen, ob es dazugehört oder nicht dazugehört und das nicht erst nach Jahren erfährt.“

In Wiesbaden erfahren wir, dass sich die SOKA-Bau bei zukünftigen Neuregelungen bemühen will schneller zu informieren. Zwei Unternehmer, denen das nichts mehr nützen wird. Zwei bedrohte Firmen mit 70 gefährdeten Arbeitsplätzen. Zwei Gerichtsverfahren. Ausgang ungewiss.